

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis für den Monat Juni 3800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inderdeutschen Verkehr 3800.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 150 Mt. = Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum Mt. 180.—, auswärts Mt. 200.—, Reklamezeile 450 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Anstufertellung werden jeweils 75 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. = In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 132

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 9. Juni 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Doch werden die Flecken in Frankreich selten sein, die nicht ein Siegesdenkmal besitzen. Und in vielen Ortsgegenden wird verzeichnet stehen: Er ist dabei gewesen, Raymond Poincaré nämlich. Auch am letzten Sonntag war er wieder dabei, als in Chaumont das Denkmal enthüllt wurde, das der französisch-amerikanischen Freundschaft geweiht ist. Auch der amerikanische Botschafter von Paris, Mister Herrick, war natürlich dabei, und er tat eine Rede, in der er, schon um des Denkmals willen, um belagte Freundschaft zwar nicht herumkam, es aber doch auch für möglich hielt, dem Freund in diplomatisch geschickten Worten eine Lehre zu geben: „Man liefert jetzt eine riesenhafte Schlacht um den Frieden, von der die Ruhe der Welt nicht nur der Sieger, sondern auch der Besiegten des Kriegs abhängt.“ Will sagen, daß nicht nur die Besiegten ein Interesse daran haben, für den Frieden im gegenwärtigen Kampf zu arbeiten, sondern daß auch die „Sieger“ dazu verpflichtet seien, indem sie den Bogen nicht überspannen. Die Festversammlung hat den Wind schon verstanden, das Pariser „Journal des Debats“ wurde daher flugs beauftragt, den Sinn der Worte Herricks umzubiegen: Die Besiegten hätten ein Interesse daran, die Rückkehr zur Ruhe zu erleichtern, d. h. zu kapitulieren.

Je größer die Enttäuschung über das Ruhrabenteuer bei den Siegern wird, desto leidenschaftlicher wird ihre Stimmungsmache für die Kapitulation. Die Reden, die Poincaré und Präsident Millerand nach Herrick in Chaumont hielten, gipfelten in der Forderung, wenn es Ruhe geben sollte, so müsse Deutschland kapitulieren. Kapitulieren, kapitulieren! gelte es aus dem ganzen Trommelfeuer von Denkmalsreden, die am gleichen Sonntag in allen Ecken und Enden Frankreichs losgelassen wurden. Poincaré hatte fast sein ganzes Kabinett auf Werbereisen geschickt. Die Minister Peyronnet, Berard und der Unterstaatssekretär Vidal waren in Rouleins, der Minister Cheron in Hazebrouck, der Minister Reibel in Rambouillet, der Minister des Innern Ramourin in Metz, Handelsminister Dior in Granville, der ehemalige Minister Loucheur in Maubeuge. Wann und wo ist je ein solcher Aufwand von der deutschen Reichsregierung getrieben worden, der Poincaré vorwarf, sie verbreite eine maßlose Hege gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Aber man muß es Herrn Poincaré lassen: er findet im gegebenen Augenblick immer ein seiner Politik nützlich Schlagwort, das seine Wirkung bei der blicke dreinschauenden Welt meist um so weniger verfehlt, je leiser und lauter es ausgesprochen wird. Poincarés blendende Schlagwortpolitik hat aus dem schamlosesten Rechts- und Vertragsbruch eine berechtigte Notwehr Frankreichs gemacht, die Feststellungen der brutalsten Gewalt, von Rechtsverletzung, Raub und Mord sind zu deutschen Lügen oder böswilligen Uebertreibungen geworden, die Abwehr des Ueberfalls eine vertragswidrige Aufsehung, der passive Widerstand eine strafliche Friedensstörung. Und wer könnte leugnen, daß diese Politik in ihrer Beharrlichkeit von nicht geringem Erfolg gewesen ist? Man kann kurz an ein Seitenstück erinnern. Seit einiger Zeit leugnet Poincaré mit auffällender Bestimmtheit jede Eroberungsabsichten ab, ja er hat in der französischen Kammer am 25. Mai die, die solches behaupten, „unerschämte Verleumdung“ genannt. Am 12. März 1919 hat er aber als damaliger Präsident von Frankreich dem Friedenskongress in Versailles die Forderung für den Friedensvertrag vorlegen lassen. Deutschland habe auf seine Staatshoheit, sowie auf jede Zollvereinigung mit den auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reichs zu verzichten. Tardieu berichtet in seinem Buch „Der Friede“ aktienmäßig, bei den Verhandlungen in Versailles habe Frankreich verlangt, daß seine Ostgrenze an den Rhein verlegt werden müsse. Die Forderung ist am Widerstand der Verbündeten gescheitert, aber berechtigt die selbstergründete französische Politik etwa zu der Annahme, daß Frankreich auf sie verzichtet habe? Das Saargebiet wird als französisches Land behandelt; die Sekte der Sonderbündler wurde und wird als Sprengkörper gegründet und gepflegt; die, wie Frankreich zugestandenemmaßen sehr wohl weiß, unerfüllbaren Entschädigungsforderungen werden in einer Weise betrieben, die ihn die begehrten Gebiete als Pfänder in die Hand geben sollte. Die Besetzung des Ruhrgebiets ist nicht um der paar Tonnen Kohlen willen erfolgt, die Deutschland wegen eines Bergarbeiterstreiks an der absichtlich übermäßig hoch getriebenen Ertragsforderung fehlen lassen mußte, sondern sie ist eine erste Eroberung, wie schon daraus hervorgeht, daß Essen nicht geräumt werden soll, bis der letzte Pfennig bezahlt sei. Hat doch Poincaré wiederholt erklärt, er werde nachhören, was ihm im Friedensvertrag versagt worden sei. Just zu rechter Zeit enthüllt auch noch der in diesen Tagen vor dem Volksgericht in München sich abspielende Hochverratsprozeß gegen Fuchs, Nach-

Kurze Tagesübersicht.

Die deutsche Ergänzungsnote wird in England zurückhaltend, in Frankreich scharf ablehnend beurteilt. Eine amtliche Kennerung liegt noch nicht vor.

Der englische Erminister Baldwin machte im Unterhaus eine Aeußerung, daß ein englischer Schritt in der Reparationsfrage bevorstehe.

Im Reichstag wurde die Aussprache über die Teu-

haus und Genossen den wahren Zweck der Ruhrbesetzung aufs gründlichste. Der französische Oberst Richert hat im Februar dieses Jahres, vier Wochen nach dem Ruhrereignis, als Vertrauensmann Poincarés und Poincarés den dummköpfigen „Berichtswortener“ Kapp und Kär eröffnet, daß Frankreich das ganze linke Rheinufer samt dem Ruhrgebiet sich einverleiben werde. Das Schlagwort von den „unerschämten Verleumdern“ soll die Bedenken, die England gegen den beabsichtigten Nachzug Frankreichs hat, zerstreuen oder ihn wenigstens eine Brücke bauen, über die es seine moralischen Bedenken zurückziehen kann. Wird es von dieser Brücke Gebrauch machen? Fast möchte es so scheinen, wenn die Londoner und Pariser Zeitungsmedien wahr sind, daß der neue britische Erminister Baldwin bereit sei, dem andern vielgebrauchten Schlagwort Poincarés von der Sicherung Frankreichs gegen einen deutschen Angriff den weitesten Spielraum zu lassen und es zu unterstützen, was praktisch doch auf die dauernde Festsetzung der Franzosen am Mittelrhein hinauslaufen würde. Offen gesagt, wir werden uns in dieser Beziehung von der Verhandlungskonferenz, die demnächst in Ostende stattfinden soll, vielleicht des Schlimmsten zu versehen haben.

Nun ist allerdings nicht alles so ganz nach dem Wunsch Poincarés gegangen. Die Belgier haben es durchgesetzt, daß die Stellungnahme zu dem neuen deutschen Angebot, das am Donnerstag den Verbündeten amtlich übergeben wurde, nicht Poincaré allein überlassen bleibt, sondern daß alle Verbündeten gemeinsam in Ostende die Antwort darauf feststellen. Aber es ist Poincaré in der Besprechung mit den belgischen Ministern in Brüssel am 6. Juni anscheinend leicht geworden, für die Konferenz in Ostende solche „unverrückbaren“ Vorbedingungen herauszufischen, daß er nicht mehr zu befürchten braucht, die Konferenz könnte ihm das Konzept verderben. Erstlich soll anerkannt werden, daß mit Deutschland über die Kriegsschuldabgabe nur verhandelt wird, wenn der „passive Widerstand“, der den Franzosen so heillos zu schaffen macht, vorher aufgegeben ist. Nicht so einfach, denn die Reichsregierung hat es gar nicht in der Hand, diesen Widerstand aufhören zu lassen, da die Bergarbeiter, auf die es ankommt, ihn auf eigene Faust fortsetzen würden, wie sie ihn auf eigene Faust begonnen haben. Den Franzosen liegt aber alles daran, von dieser Geißel befreit zu werden, damit sie wieder zu ihren Kohlen und ihrem Koks kommen. Die Lage fängt an für Frankreich brenzlich zu werden. Seine Wirtschaft kann den Ausfall um so weniger ertragen, als das Land eine innere und äußere Schuld von 350 Milliarden Franken hat, die, wenn auch die äußere Schuld noch mit keinem Pfennig verzinst worden ist, jährlich um eine Milliarde anwächst. Doppelt empfindlich für Frankreich, das bis vor dem Krieg ein Gläubigerland war, das man oft den Bankier der Welt genannt hat. Vor allem will aber Frankreich aus dem Ruhrhandel als Sieger hervorgehen, um seinen „Kriegsrühm“ wäre es sonst geschehen. Deutschland soll kapitulieren. Was im Friedensvertrag die erzwungene und leider von Deutschland unterzeichnete Anerkennung der deutschen Schuld am Krieg war, das ist jetzt die Kapitulation. Der Ruhrereignis würde dadurch von Deutschland als recht- und vertragsmäßig und der Widerstand als ungerechtfertigt anerkannt.

Die zweite Vorbedingung Poincarés ist die nun auch von Belgien vertretene Forderung, daß die übrigen Verbündeten der dauernden Besetzung des Ruhrgebiets zustimmen und daß die Räumung des Ruhrgebiets nur im Verhältnis zu den Zahlungen Deutschlands schrittweise geschieht.

Für Deutschland sind diese Bedingungen schlechthin unannehmbar. Die Kapitulation ist praktisch und moralisch unmöglich. Keine deutsche Regierung wird ein zweites Versailles verantworten können und unser gutes Recht von dem übermütigen „Sieger“ mit Füßen treten lassen dürfen. Was aber den zweiten Punkt anlangt, so wird uns Deutsche wenigstens Herr Poincaré mit dem Schlagwort der gestaffelten Räumung nicht täuschen. Wir wissen ganz genau, daß wir die feindlichen Entschädigungsforderungen, deren Sinn und Zweck ja eben die Unerfüllbarkeit ist, niemals ableisten können, erst recht nicht, wenn das Ruhrgebiet wegfällt. Die schwelbende Reichsschuld ist über 10000 Milliarden Mark schon hinausgegangen. Der

Papiergeldumsatz, von dem die Franzosen Woche um Woche einige Milliarden „Beschlagnahmen“, hat rund 8000 Milliarden erreicht, der Dollar steht wieder um 80 000 herum. Für die Broterbilligung soll eine neue Vermögensabgabe von etwa 1700 Milliarden erhoben werden. Die Steuern auf Salz, Mineralwasser und Leuchtstoffe sollen so erhöht werden, daß sie zusammen dem Reich 61 500 Millionen Mark statt jetzher 207 Millionen einbringen. Auch der Zucker wird höher besteuert werden. Die Eisenbahn hat am 1. Juni ihre Tarife verdoppelt, am 1. Juli wird die Reichspost ihre Gebühren zum Teil um das Drei- oder Vierfache, die Fernspreckgebühren um das Fünf- oder Siebenfache erhöhen. Ein Narr nur könnte bei einer solchen Neubelastung unserer Wirtschaft wohnen, daß Deutschland auch bei größten Anstrengungen imstande wäre, die geforderte Entschädigung zu zahlen. Mit anderen Worten: auch die Ruhrbesetzung würde ein dauernder Landraub sein.

Wenn daher die neue deutsche Note der Ehre und den Lebensinteressen des Reichs und des deutschen Volks gerecht werden soll, so muß sie die Vorbedingungen von Brüssel ablehnen. Mit Bedauern muß man aber wieder wie bei der ersten Note feststellen, daß über den Inhalt und die Form der Note, die uns Deutschen gegenüber mit dem Mantel des tiefsten Geheimnisses umkleidet worden war, schon vor einigen Tagen in Wiener und Pariser Blättern Mitteilungen gemacht werden konnten, daß der belgische Minister Jospar in Brüssel am 6. Juni Poincaré eine telegraphisch aus Berlin eingetroffene Inhaltsangabe vorlegen konnte, während die Note amtlich erst am 7. Juni übergeben wurde. Ueber die „Undichtigkeiten“ des Regierungsapparats hat man in den letzten Jahren je und je zu klagen Veranlassung gehabt, endlich sollte diesem Uebelstand aber doch einmal gründlich abgeholfen werden. Zum mindesten kann verlangt werden, daß das deutsche Volk wichtige Entscheidungen seiner eigenen Regierung nicht zuerst aus fremden Zeitungen erfährt.

Die deutsche Denkschrift

Das ergänzende Angebot

Am Donnerstag, den 7. Juni, hat die Reichsregierung den verbündeten Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der ersten deutschen Note vom 2. Mai eine Denkschrift übergeben lassen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung in der Rückäußerung auf die Antworten des Verbands sich auf die Punkte beschränkt, die den Ansichten der verbündeten Mächte gemeinsam sind. Die neue Denkschrift hat nach WTB. folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Entschädigungen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und die Frage ihrer wirtschaftlichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie nur, um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk bei Anspannung all seiner Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entschädigung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den guten Willen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Anfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den entschädigungsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die verbündeten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Sicherheiten für die Durchführung des endgültigen Plans vor:

A) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen

und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn hat Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark, die alsbald als erstklassiges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

3) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Bürgschaft heranziehen, die als erstklassiges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den zu befallenden Objekten aufgebracht.

4) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuer auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohwert dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Goldmark belief, ist zwar infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

5) Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Vorarbeiten nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung der Gesamtfrage ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Sicherheiten in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Sicherheiten dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtungen zur Entschädigung an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Berlin, 8. Juni. Reichsminister des Innern Dr. von Rosenbergs erklärte, die Reichsregierung habe die zweite Note abgeben lassen, um alles zu vermeiden, was einer Verständigung im Weg stehen könnte. Man habe sich zu der Form der Ergänzung entschlossen, weil die französische und die belgische Antwort eine Fortführung der Erörterung unmöglich gemacht haben. Die deutsche Auffassung bleibe dieselbe wie in der Note vom 2. Mai, namentlich bezüglich des passiven Widerstands, auf den die Regierung keinen maßgeblichen Einfluß habe und den die Bevölkerung erst aufgeben werde, wenn die Ursachen beseitigt seien.

Der „Vorwärts“ meint: Wer nicht verhandeln will, setzt sich ins Unrecht, und betont, daß alles in allem auch der ungünstigste Rechner kaum das Kunststück fertigbringen werde, den Wert des deutschen Angebots auf weniger als 30 Milliarden Goldmark zu berechnen.

Der erste Eindruck im Ausland.

Berlin, 8. Juni. Die meisten Meldungen über den ersten Eindruck der Note liegen aus Paris vor. Dort empfing unmittelbar nach dem Empfang der Note Poincaré mehrere Pressevertreter, denen er u. a. erklärte, die Note enthalte nichts über die Frage des passiven Widerstands. Das ist aber gerade der Punkt, über den wir Auskunft haben wollen. Nur wenn Deutschland alle Verordnungen betreffend diesen passiven Widerstand zurückzieht, könnte verhandelt werden, andernfalls ist die Antwort schon in dem Communiqué über die Brüsseler Zusammenkunft enthalten.

In Rom ist die Note Mussolini persönlich übergeben worden. Er äußerte sich in der Hoffnung auf eine baldige herzliche Verständigung.

London, 8. Juni. Soweit die Morgenblätter zu dem deutschen Vorschlag Stellung nehmen, ist festzustellen, daß die deutsche Note in London einen ziemlich günstigen Eindruck hinterlassen hat. Der Londoner Korrespondent des „Matin“ ist über den von der deutschen Note gemachten Eindruck stark beunruhigt.

Verlorene Heimat.

Eine Erzählung aus Straßburgs Schicksalstagen.
16 Von Konrad Bernd.

Es gingen wohl immer noch genug Leute über den Rhein, welche gegen gute Worte und Bezahlung den Brief in Deutschland zur Post brachten! Aho: Herrn Leutnant — ach nein, das war ja vorbei! Herrn Georg Stuffer, Autobomilfabrik Benz & Co.

Heinrich Schäfer sah auf die Uhr. Es war noch zu früh und Herr Scholler hielt darauf, daß die Bürostunden auch von den Chefs der Abteilungen innegehalten wurden; des Personals wegen. — Aber Heinrich stand dennoch auf und verließ, den Brief in der Tasche bergend, früher als sonst die Fabrik. —

An diesem Nachmittage hatte Jeanne lange auf die Rückkehr ihres Mannes gewartet. Als es aber 2 Uhr geschlagen hatte, ahnte sie, daß es umsonst gewesen war. „Halten Sie das Essen warm“, sagte sie zu dem Mädchen, nachdem sie ihre einsame Mahlzeit beendet hatte.

Run war es wieder gewesen, wie früher, als Heinrich noch im Felde war. Die Tage des Glücks, waren sie schon vorüber? Wie glücklich war Jeanne gewesen, als Heinrich zurückgekommen war. Wie anders war es heute! Einsam fühlte sie sich. Zu ihrer Mutter ging sie nicht mehr. Heinrich hatte ihr ja das Versprechen abgenommen. Aber auch ihre Freundinnen — es waren nur noch die eltsässischen Bekannten hier — suchte sie nicht mehr auf. Kaum wagte sie sich auf die Straße hinaus. Wenn sie allein zu Hause war, lehnte sie die Stunde herbei, in der Heinrich heimzukehren pflegte. Aber wenn er kam, wich sie vor seinem harten, ersten Besen zurück. Wie sehr hatte er sich in den letzten Tagen geändert. Wort-

läng, verschlossen war er und wenn er einmal sprach, war er erregt. Jeanne wußte, daß ihn Sorgen bedrückten, aber sie erfuhr nicht, was es war. Wenn sie ihn fragte, schwieg er oder wich den Fragen aus. Dann empfand sie Mitleid mit ihm und suchte ihn zu trösten, aber er ging achlos an ihr vorüber. Womit hatte sie das verdient? — Wie gerne hätte sie ihm geholfen zu tragen, was auf ihm lastete! Ach, daß er doch einmal einen Wunsch geäußert hätte, den sie ihm erfüllen konnte! Blumen stellte sie auf den Tisch, sie setzte ihm Ledereien vor, von denen sie wußte, daß er sie liebte. Aber er achtete nicht darauf. Wenn er nach Hause kam und sie seinen Schritt vernahm, lauerte sie ihm mit pochendem Herzen hinter der Tür auf und warf sich ihm lachend an den Hals. Aber Heinrich blieb finster.

Dann schalt sie sich töricht und kindisch und versuchte ein anderes Mal, auf andere Weise ihn heiter zu stimmen. Es war Alles umsonst!

Verstärkte ablehnende Haltung Frankreichs.

Paris, 8. Juni. Zu dem Eindruck der deutschen Note in Paris ist zu sagen, daß die sofortige ablehnende Haltung in den Morgenblättern verschärft zum Ausdruck kommt. Als wesentlichsten Einspruch gegen die deutsche Note macht man geltend, daß die deutsche Regierung der französisch-belgischen Grundbedingung, Einstellung des passiven Widerstandes vor Verhandlungen, in keiner Weise Erwähnung gemacht habe. Weiterhin zeigt man sich sehr mit der deutschen Forderung nach Einsetzung eines internationalen Sachverständigenausschusses unzufrieden. Der „Petit Parisien“ glaubt daher, versichern zu können, daß die deutschen Vorschläge ohne weiteres zurückgewiesen werden. Im Vergleich zum Angebot vom 2. Mai bedeuten sie sogar einen Rückschritt.

Der „Matin“ wendet sich gleichfalls scharf gegen die deutsche Note, die er als eine an Frankreich und Belgien gerichtete Herausforderung bezeichnet, da sie eine völlige Verkenning der politischen Lage zeige.

Marcell Roy im „Petit Journal“ zeigt sich in der Beurteilung der deutschen Note gerechter und maßvoller. Er gibt zu, daß sie in vorzüglicheren und angemesseneren Ausdrücken als die Note vom 2. Mai abgefaßt sei und immerhin eine Reihe schätzenswerter Garantien enthalte, aber das deutsche Angebot enthalte keine genauen Ziffern betreffend der Gesamtschuld des Reiches.

Im „Deuxième“ veröffentlicht der Brüsseler Berichterstatter dieser Zeitung eine Erklärung, die ihm eine hochstehende belgische Persönlichkeit über das deutsche Angebot gemacht hat: Die deutsche Note ist unannehmbar.

Vom Ruhrkrieg

Verurteilungen

Mainz, 8. Juni. Wegen Einführung von Flugblättern betreffend die Ruhrhilfe und den passiven Widerstand in den Belegungsbezirk Mainz wurden verurteilt der Eisenbahndienstler A. J. Gerlich aus Höchst a. M. zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, der Geschäftsführer der Ortsgruppe Oberstein des Deutschen Metallarbeiterverbands Richard Everling zu 1 Monat und 5 Millionen (oder 1½ Jahre), der Eisenbahngewerkschaftssekretär Franz Stinzing zu 2 Jahren und 7 Millionen (oder 2½ Jahre) verurteilt.

Postmeister Theodor Schiermann in Weissenau war angeklagt, ohne Erlaubnis der französischen Behörde eine Telegraphenleitung Mainz-Worms, die durch den Streik still-

gelegt war, durch geheimen Anschluß an das Postamt Weissenau benützt zu haben. Das Kriegsgericht verurteilte Schiermann zu 2½ Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, den Postschaffner Christian Tengel wegen Beihilfe zu 45 Tagen und 2 Millionen Mark Geldstrafe (oder 10 Monate).

Totenfeier für Schlageter

Elberfeld, 8. Juni. Die Leiche des von den Franzosen in Düsseldorf erschossenen Albert Leo Schlageter ist auf dem Weg nach seiner badischen Heimat gestern früh hier eingetroffen und in der Stadthalle aufgebahrt worden. Heute fand dajelbst eine erhebende Totenfeier statt, worauf die Leiche unter riesiger Begleitung zum Bahnhof übergeführt wurde, um nach Schönau bei Vörrach übergeführt zu werden. (Schlageter ist der Sohn eines Bauern. Er trat bei Kriegsbeginn als Schüler freiwillig in das bad. Feldart.-Regiment ein und wurde schnell Offizier. Nach Kriegsende kämpfte er mit Auszeichnung im Baltland gegen die Bolschewisten, im Kommunistenaufstand des Ruhrgebiets und im polnischen Aufstand in Oberschlesien. Den Franzosen tat er seit der Ruhrbesetzung manchen Schabernack, er wurde aber verraten und sogar von einem deutschen Polizeipräsidenten stedbrieffich verfolgt, was bekanntlich seine Verhaftung durch die Franzosen ermöglichte).

Neue Nachrichten

Der Münchener Hochverratsprozess

München, 8. Juni. In der gestrigen Verhandlung wurde als Zeuge ein Abenteuerer namens Hud, Schweizer Staatsbürger, vernommen, der schon in aller Herren Länder „politisiert“ hat und angibt, er sei auch einmal Minister in der Republik Honduras gewesen. Dieser Hud stand ebenfalls eine Zeitlang mit den Kreisen in Verbindung, denen die Angeklagten angehörten. Hud behauptet, es habe der Plan bestanden, eine Vereinigung „Tscheka“ zu bilden, die gewisse Leute im nationalen Lager „umlege“, d. h. ermorden sollten, wie z. B. Dr. Heim, Dietrich Eckhardt u. a. Als Hud dem Dr. Ruge (Heidelberg), der nach der Behauptung Huds auch zur Tscheka gehört haben soll, gegenübergestellt wird, sagt ihm Ruge ins Gesicht, er habe ihn gleich als Schuft erkannt.

Unzufriedenheit in Belgien

Paris, 8. Juni. Verschiedene Pariser Blätter melden, daß der Verlauf der Besprechung in Brüssel die belgische Regierung sehr wenig befriedigt habe. Minister Theunis wolle sich nach London wenden. Auch auf französischer Seite ist man enttäuscht.

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung begründete Abg. Aufhäuser (soz. Gewerkschaftsführer der Angestellten) die sozialdemokratische Anfrage über die Teuerungsmaßnahmen a h n a h m e n. Die Ruhrbesetzung habe das deutsche Volk den Kreisen ausgeliefert, die aus der Marktentwertung Gewinn ziehen wollen. Man müsse nicht nur mit den Franzosen, sondern auch mit diesen Kreisen abrechnen. Die Unruhen seien die aufgelaufene Erbitterung gegen die Nutznießer der Not und die Unfähigkeit der Reichsregierung dagegen. Das mit Opfern der Reichsbank erkaufte Senken des Dollars habe nur der Schwerindustrie Nutzen gebracht. Das Bürgschaftsangebot der Industrie und der Landwirtschaft sei wertlos, weil sie mehr verlangen, als sie anbieten. Das Reich müsse an den Sachwerten der Industrie Bestanteil bekommen, die Lohnsteuer herabgesetzt und Lohn und Gehalt den Preisen angepasst werden. Wenn die Lösung durch Regierung und Parlament nicht gemacht werde, werde die Mobilmachung der Massen notwendig werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Chr., Pfarrer) erklärt, die Regierung habe schon eine Erhöhung der Unterstützung für Sozial- und Kleinentner usw. vorbereitet. Die Erwerbslosenunterstützung werde rückwirkend auf 4. Juni um ein Drittel erhöht, Reichsrat und Reichstag werden aber wohl darüber hinausgehen. Auch die Kurzarbeiter werden angemessen entschädigt werden. Infolge der Marktentwertung habe sich die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Ein Erfolg der Marktlösung war nur zu erwarten, wenn nicht durch neue Lohnerhöhungen Anlaß zu neuen Preissteigerungen gegeben gewesen wäre. Bei wichtigen Waren wurde ein Preisabbau erzielt, wenn auch nicht in dem wünschenswerten Maß. In den großen Industrien seien Lohnerhöhungen um 67 Prozent und mehr eingetreten und die Aufwärtsbewegung

„Gnädige Frau“, rief das Mädchen, in das Zimmer eintretend, nachdem sie auf ihr wiederholtes Bohren keine Antwort erhalten hatte. Das Zimmer lag im Dunkeln. Die Lampe brannte nicht. Jeanne erwachte wie aus tiefem Traum.

„Was war?“ sie schrak heftig zusammen. „Ein Unglück?“ — „Heinrich!“ — „Bon soir, Jeanne“.

Da erkannte sie die Stimme ihrer Mutter. Hastig sprang sie auf.

Frau Schloßers Augen sahen prüfend in das Antlitz ihrer Tochter. „Jeanne, Du siehst emol schlecht aus! — Bist Du krank? — Bist Du so lang nimmst Du mir gsin!“

Jeanne wollte antworten, aber die Stimme versagte ihr, es war, als sei ihr die Kehle zugeschnürt. In leidenschaftlicher Erregung flackerten ihre Augen.

Da nahm Frau Schloßer die Hand ihrer Tochter in die ihre. Mit festem Griff hielt sie sie mit ihren harten Fingern umspannt.

„Jetzt setz Dich emol zu mir“, sagte sie beruhigend, un verzehlt mir, wo Dich's Herz drückt.“

Jeanne aber riß sich los und warf sich aufschluchzend vor ihrer Mutter auf die Kniee.

Es war nicht leicht, aus den aufgeregten sich überstürzenden Worten den rechten Sinn zu erfassen. Aber Frau Schloßer verstand ihre Tochter. „Doch Du zum Heinrich haltst, versteh ich. Aber er hält von Dir so ebbs nit verlange solle. Mer brücht nit alles gleich uf d'Espiz zu triave.“

„Ach hab mir doch gleich gedent, ach do ebbs nit richtig kann si, fügte sie nach einer Weile nachdenklich hinzu, nachdem sie ihre Tochter zu sich auf den Divan gezogen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

jei noch nicht abgeschlossen. Die Bedenken gegen die „Goldlöhne“ seien nicht widerlegt. Solange das entwaflnete Deutschland ständig bedroht und vergewaltigt werde, könne sich die Währung nicht festigen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erinnert daran, daß die Reichsregierung vor gewissen Beschlüssen der Reichstagsmehrheit beim Steueranpassungsgesetz schwört habe. Die Bedenken haben sich als richtig erwiesen. Bis 6. Juni seien 224 Milliarden Zwangsanleihe eingegangen. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zum 16. August und 16. November werde wahrscheinlich auf den 20fachen Betrag der Steuer von 1922 festgesetzt werden müssen. Die Besitzsteuern sollen der Geldwertverminderung möglichst angepaßt und die Verbrauchssteuern bedeutend gesteigert werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker: Die Drohungen des Abg. Aufhäuser lassen erkennen, daß es ihm nur um Hege zu tun war. Deutschland sei durch den Vertrag von Versailles verarmt, wie das Statistische Reichsamts überzeugend nachgewiesen hat. Dabei stelle sich dem Aufstieg allerdings auch die verminderte Arbeitsleistung entgegen. Im Gegensatz zu Aufhäuser haben die Sachverständigen im Untersuchungsausschuß den in In- und Ausland angelegten Devisenbesitz sehr gering eingeschätzt. Diesen Sachverständigen glaube er (Minister) mehr als dem Abg. Aufhäuser. Aber selbst wenn durch Verschlebung deutschen Geldes ins Ausland dem deutschen Steueramt Mittel verloren gingen, so würde der der deutschen Wirtschaft daraus entstehende Verdienst viel höher sein. Wirtschaftliche Fragen soll man wirtschaftlich, nicht politisch behandeln. Bei dem andauernden Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr sei die Marktwertung eine natürliche Erscheinung. Trotzdem sehe die Regierung nicht untätig zu und die neue Devisenordnung werde scharf durchgeführt werden. Die Löhne werden selbstverständlich erhöht werden, vor allem aber müsse dem Mittelstand geholfen werden. Die Währung werde nur gefunden, wenn wir frei von Entschädigungslasten unsere Erzeugnisse auf dem Weltmarkt absetzen können.

Fortschreibung der Aussprache Freitag nachmittag 2 Uhr.

Die Feuerungssteuer.

Berlin, 8. Juni. Nachdem am Donnerstag die drei zuständigen Minister ihre Erklärungen abgegeben hatten, wurde am Freitag in die Besprechung der sozialdemokratischen Feuerungssteuerinterpellation eingetreten.

Abg. Schrad (Centr.) begrüßt es, daß die Regierung angesichts der allgemeinen Notlage nicht tatenlos sei. Der Verfallener Vertrag sei die Ursache aller Not. Alle Regierungen in Deutschland haben den Willen gehabt, die Notlage in Deutschland zu meistern. Der Erfolg war aber völlig negativ. Das beweist, daß die Ursachen nicht innerhalb des Deutschen Reiches liegen, sondern außerhalb. Daraus geht hervor, daß die Entente den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet hat. Kein Regierungswechsel würde diese Notlage beenden können. Die Selbstverantwortlichkeit muß wieder gestärkt werden. Den Wucher müsse das gesamte deutsche Volk auch gesellschaftlich boykottieren. Auf die Preisgestaltung muß man schon an der Quelle des Produkts Einfluß zu gewinnen suchen. Der Redner fordert ein Kartellgesetz, das aber nicht eine neue Zwangswirtschaft sein dürfe. Wenn die Sozialdemokraten sich jetzt entschließen könnten, in die Regierung einzutreten, dann würde auch im Ausland mehr Vertrauen zu Deutschland herrschen.

Abg. Findeisen (D. Sp.): Im Auslande sei die Meinung verbreitet, daß in Deutschland die Zustände so ungesund seien, daß es nicht geraten sei, nach Deutschland zu gehen. Großes Gland herrsche besonders im Mittelstand und bei den Kleinrentnern. Die Hoffnung, durch Lohn- und Gehaltserhöhungen eine Besserung der Lage zu schaffen, sei trügerisch gewesen. Der Mittelstand gehe dem Untergang entgegen. Freilich, er mache keine Demonstrationen auf der Straße. Der Kleinrentner werde in Papiermark bezahlt, währenddem der Großrentner die Versicherungen vielfach in Gold berechnet. Der ehrliche Kaufmann sei mit scharfen Wucherbestimmungen einverstanden, aber man solle auch die Stellen treffen, wo ursprünglich die Preise bestimmt werden. Durch Anruhr und Putzschädige sich die Arbeiterklasse selbst.

Abg. Wienbrö (D. natl.) erklärte: Feuerungsdebatten nützen gar nichts. Taten brauchen wir. In der Rede Aufhäusers erblickt man ein Eingeständnis der Tatsache, daß die Notlage ihren Grund in der verkehrten Wirtschaftspolitik der Sozialisten seit 1918 habe. (Widerpruch links.) Niemand verkenne die Not des Arbeiterstandes, aber viel höher treffe das Gland die kleinen Handwerker, Lehrer und Kirchendiener, die nicht mehr ihren Lohn und ihr Brot finden können. Der Redner fordert Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und Steuererleichterungen für den kleinen Handwerker.

Abg. Dr. Verwurfer (Dem.) fordert eine klare Stellungnahme des Parlaments. Anstatt uns parteipolitisch zu zanken, müssen wir erwägen, wie wir unseren Widerstand verpacken.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Emminger (Wahr. Sp.) und Stöcker (Komm.) wurde die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr vertagt.

Württemberg

Stuttgart, 8. Juni. Kommen Wahlen? Zum Vorherrschen des Landeswahlauausschusses ist anstelle des Ministerialrats Dr. Widmann der Oberregierungsrat Dr. Kieser im Ministerium des Innern ernannt worden.

Stuttgart, 8. Juni. Vom Landtag. Die Abg. Dr. Beschwanger, Dr. Fürst, Siller und Dr. Wolff haben an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gestellt: Während der Reisezeit der letzten Jahre hat sich die beklagenswerte Erscheinung gezeigt, daß valutarstarke Ausländer, insbesondere aus den früheren Feindstaaten, in rücksichtsloser Weise die deutschen Geschäfte zum Schaden der einheimischen Bevölkerung ausgekauft haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um in diesem Jahr derartigen Auswüchsen in Fremdenverkehr wirksam vorzubeugen?

Stuttgart, 7. Juni. Die übliche Fleischpreiserhöhung. Von Freitag an kosten: Ochsen- und Rindfleisch 1.9000 (bisher 8800) M., Hammelfleisch 8000—8100 (7400—7500) M., Schaffleisch 6000—6200 (5500—5700) M. je des Pfund. Die Preise der übrigen Fleischsorten bleiben unverändert.

Stuttgart, 8. Juni. Die Württ. Feuerversicherungs a. G. verzeichnet im Geschäftsjahr 1922 unter dem Einfluß der Geldwertverminderung eine Erhöhung der Gesamtver-

sicherungssumme von 20,7 auf 185 Milliarden M. Bruttoprämien-einnahmen von 81 auf 719,5 Millionen M. Schäden wurden bezahlt und zurückgestellt in der Feuerversicherung 114,1 Millionen, in der Einbruchsdiebstahlversicherung 3,4 Millionen, davon 23,3 bzw. 1,1 für eigene Rechnung. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 149,4 Millionen M. Den versicherten Mitgliedern wird, wie seit 4 Jahren, eine Dividende auf die Bruttoerträge von 60 Prozent gewährt.

Ein Konzert für die Ruhrhilfe in der Biederhalle hat den Betrag von über 2 1/2 Millionen M. erbracht, wovon rund 600 000 M. freiwillige Spenden. Der Biedertranz hat die Saalkosten auf sich genommen.

Ein taubstummer Junge von ungefähr 14 Jahren wurde in Stuttgart aufgegriffen. Eine Verständigung mit ihm ist nicht möglich. Auf der Innenseite des Halsputters ist von Kinderhand geschrieben: Richard Landwatter Nr. 129. Diese Nummer findet sich auch an einem Stiefel. Behörden, Pfarrämter usw. werden um sachdienliche Mitteilungen an das Jugendamt Stuttgart ersucht.

Stuttgart, 8. Juni. Finanzausschuß. Die Ministerien des Innern und der Finanzen sind vom Finanzausschuß ermächtigt worden, notleidenden Gemeinden und Amtskörperschaften zu den vom Reichsfinanzministerium aufgestellten Bedingungen Kredite bis zu 2 Milliarden M. zur Verfügung zu stellen. Stuttgart braucht 1341, Ulm 150, Schramberg 100, Heilbronn 93, Bietigheim 25, Gmünd 25, Balingen und Crailsheim je 5, die Amtskörperschaft Tettnang 5, die Gemeinde Tullfingen 4 Millionen M. Ferner wurden weitere 276 Millionen M. für die Umbauten der Chirurgischen Klinik in Tübingen bewilligt.

Stuttgart, 8. Juni. Verurteilter Einbrecher. Der Einbrecher August Popp, gegen den die Verhandlung vor der Strafkammer schon vor 2 1/2 Wochen begonnen hatte, wurde wegen 66 schwerer Einbrüche in Württemberg, Baden und Hohenzollern zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Drei Fehler erhielten 4, 3 und 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

Stuttgart, 8. Juni. Der Beratungsstelle für gewerblichen Rechtsschutz beim Landesgewerbeamt wurden im Jahr 1908 sehr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, die es ermöglichten, Erfindern Auskunft und Belehrung über Patent- und Musterrecht zu erteilen, Mittel zur Anmeldung eines Schutzrechts zu verschaffen und manchen aus den Schlingen eines Patentschwindlers zu befreien. Durch die Geldwertverminderung und andere Ursachen ist die Beratungsstelle aber außerstand gesetzt, diese Aufgaben zu erfüllen. Es ist deshalb ein Arbeitsausschuß gebildet worden, der u. a. dafür wirken soll, daß dem Landesgewerbeamt freiwillige Beiträge zustießen. Die erhebliche Stützung eines Gönners ermöglicht vorläufig die Weiterarbeit der Beratungsstelle.

Münchingen, 8. Juni. Schneefall. Die starken Niederschläge am Donnerstag vormittag waren mit Schnee untermischt, so daß einzelne grüne Hänge wieder im Winterkleid erschienen. Auf der rauhen Ab ist dies allerdings keine Seltenheit. Oft mäht man zur Heuernte (regelmäßig am Semmer-Johanni) überreifes Gras, das am selben Tag von der Sonne zum besten Heu des Landes gebürt ist.

Althalden, 8. Juni. Oberndorf, 8. Juni. Gutes und schlechtes Geschäft. Ein bekannter Viehhändler kaufte in Hordt eine alte Kuh um 2 Millionen M. und schickte sie einem Fabrikarbeiter um 3,9 Millionen M. auf. Die Polizei erhielt jedoch von dem feinen Geschäft Kenntnis und erstattete Anzeige beim Wuchergericht. Der Schläuberger holte nun schleunigst die Kuh zurück, was ihn aber nicht vor einer geladenen Strafe schützte.

Tettnang, 8. Juni. Häuser und seine Jüngerinnen. Der Prophet Häuser, der die Berichte schon wiederholt beschäftigt hat und gegenwärtig in Norddeutschland eine viermonatige Gefängnisstrafe verbüßt, stand vor dem Schöffengericht wegen grober Beleidigung eines Richters beim Amtsgericht Tettnang. Mit einer großen Gemeinde, die hauptsächlich aus Weibsköpfen bestand, und in Begleitung von zwei Leuchttürmen in Zivil, kam Häuser von seinem derzeitigen Gefängnisarrest in Norddeutschland nach Tettnang. Er markierte den Kranken und ließ sich in gewählter Pose, die Zigarre im Mund, in das Gerichtsgebäude tragen. Seine Prophezei fand dort allerdings keinen Anklang. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Gegen Schluß der Verhandlung mußte wegen ungebührlichen Verhaltens der Weiber der Saal geräumt werden.

Schloßberg, 8. Juni. Ausräucherin. Bei Schuhmacher Ortner löste sich eine Kuh von der Kette, geriet durch die offene Tür in den Hausflur und sprang durch einen umfälligen Eimer erschreckt, auf die Bodentreppe und marschierte dann gemächlich die Treppe hinan. Schließlich gelangte das Tier glücklich oben an und tat sich dann an dem vorgefundnen Futter gütlich. Aber wie es nun den Weg auf der Steige zurückmachen lassen? Die zahlreich zu Hilfe geeilte Einwohnerschaft beriet und es fand sich schließlich keine andere Möglichkeit, als das Dach durch Abnehmen der Ziegel und Matten zu öffnen und auf einem durch Reifholz hergestellten Weg die Ausräucherin wieder in den Stall zurückzuführen.

Talchingen, 8. Juni. Die Zigeunerplage. In heftigen Geschäften haben drei Zigeunerinnen schwere Diebstähle verübt. Obgleich die Bande sofort verfolgt wurde, konnten die gestohlenen Waren nicht mehr vorgefunden werden. Die Klagen über das Zigeunerwesen mehren sich allerorten so sehr, daß die Regierung nun einmal kräftige Maßnahmen ergreifen sollte.

Vom Bodensee, 8. Juni. Feuerwehrtagung. Im Heberlinger Kronenjaal hatten sich die Vertreter des Bodensee-Feuerwehroberbunds unter dem Vorsitz von Oberkommandant Schmidt-Vindau kürzlich zusammengefunden, um zu beruflichen Fragen Stellung zu nehmen. Man verhandelte u. a. auch über die Feuerwehrrabgabe, für die in Württemberg gesetzliche Unterlagen vorhanden seien, auf die sich die Gemeinden stützen können, während in Baden in dieser Hinsicht noch nichts getan sei. Die Vertreter tauschten ihre Erfahrungen mit Feuerlöschgeräten, Vorrichtungen usw. aus. Der nächste Bundestag soll in Vindau stattfinden. Empfohlen wurde die Beachtung guter Disziplin unter der jungen Mannschaft. Für die den Wohnungsdienst im Ruhrgebiet verkehrenden Kameraden wurde 273 000 M. gesammelt.

Gangfische. Mit Anfang dieses Monats hat die Gangfischerei im Untersee ihr Ende gefunden. Bei wenig günstigem Wetter war das Ergebnis zumeist unzufriedenbringend, was auch für die übrige Fischerei gilt. Am 15. Juni beginnt die Juggarnfischerei wieder, die bis zum 1. Oktober ausgeübt werden kann.

be...
Lort...
Dram...
ung des...
keinem Ju...
Bühne die Ab...
und damit dem...
teiles aufdrücken kann. Aber, die...
hält, lassen sich eben doch nicht aus dem Leben ausmerzen. Die Zahl der Flachsmänner, der Leute, die ohne die nötige Vorbildung ihr Amt als Schleicher und Autokraten zum Schaden der Öffentlichkeit mißbrauchen, ist heute noch nicht kleiner geworden. So kommt es, daß das Stück trotz seiner Einseitigkeit lebensfähig und lebenswahr geblieben ist, und daß jede Aufführung nicht nur in Wildbad, sondern überall in der Regel ein gefülltes Haus zieht. Ich habe diese Schullomödie auf etwa 20 verschiedenen Bühnen gesehen und muß gestehen, daß das Wildbader Ensemble mit den besten und größten konkurrieren kann. Alle Spieler gaben ihr Bestes; sie stellten ihre Rolle mit einer Natürlichkeit und Unbefangenheit aus, als ob sie alle selbst schon Pädagogen gewesen wären. Man unterhielt sich über philosophisch-pädagogische Probleme mit einer Selbstverständlichkeit, als ob man die Materie von Grund aus studiert hätte. Insbesondere muß ich die Herren Demuth als Flachsmann, Willmann als Flemming, Klein als Regierungsschulrat Prell, Marberg als Schuldiener Regendant, Martin als Weidenbaum und Fr. Willée als Lehrerin Holl hervorheben. Herr Willmann war die Verkörperung der Nemesis gegenüber dem Schleicher und Intriganten Flachsmann. Der Regierungsschulrat des Herrn Klein kam in seiner Unverwundlichkeit zur vollen Geltung. Martins Weidenbaum war in seiner verknöcherten Bedanterie rein des Teufels. Herr Schmidt arbeitete die unsympathische Gestalt seines Diercks so gut wie nur möglich heraus, obwohl man ihm ansah, wie unbehaglich er sich darin fühlte. Fr. Körner (Lehrerin Sturbahn) ließ ihre Stimme wie die Posaune des letzten Tages erschallen, um dem Schulrat zu zeigen, daß sie die „Bande in der Schule“ überschreien könne. Der Theaterzettel führt noch Pastor Brösche auf. Da die Regie aber diese Gestalt ausgemerzt hat, könnte sie vielleicht für die Folge auch auf dem Theaterzettel verschwinden. Im übrigen verdient die Spielleitung uneingeschränktes Lob. *Thrasias.*

— Morgen abend 8 Uhr erstes Auftreten Otto Krauß vom Stadttheater Kofod als Eisenstein in Joh. Strauß Operette „Die Fledermaus“. In den Hauptpartien wirken mit: Rose Pohlen (Rosafinde), Hanni Mayer (Adele), Elie Roppinski (Erlofski), Hans Schmitt (Alfred), Walter Billmann (Frank), Karl Mahlau (Falke), Leo Thurau (Blin), Ernst Marberg (Frosch). Musikal. Ltg. Jac. de Klark, Spielleitung Walter Billmann. — Das Fest des Prinzen Erlofski im 2. Akt wird durch Einlagen moderner Tänze bereichert. Gretel und Rolf Singer tanzen mit Orchesterbegleitung zur Musik Sazuma, Paprika, Elektrik Girl von Helmburg Holmes einen Camel-Walk, Paso doble und Grotteske. — Montag wird der neueste Schwank „Der kühne Schwimmer“ und Dienstag das Lustspiel „Willi's Frau“ gegeben. Mittwoch die erfolgreiche Wiener Operette „Das Musikantenmüdel“. In Vorbereitung befindet sich Verdi's Oper „Rigoletto“.

Die gesetzlichen Feiertage. Der Rechtsausschuß des Reichstags hat die Regierungsvorlage über die Bestimmung der gesetzlichen Feiertage mit einigen Zusätzen angenommen. Danach gelten künftig als bürgerliche Feiertage der Verfassungstag am 11. August, der Gedentag für die Opfer des Kriegs (6. Sonntag vor Ostern), Weihnachten, Neujahr, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten. Karfreitag und Fronleichnamstag sollen als reichsgesetzlich insoweit anerkannt und festgelegt sein, als sie nach bisherigem Brauch staatlich anerkannt waren. Das gleiche gilt hinsichtlich des Herbsttags und des Bußtags am Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag. Als Stichtag wurde für die drei Feiertage Bußtag, Karfreitag und Fronleichnam der 11. August 1919 festgelegt (der Regierungsentwurf hatte den 1. Januar 1923 vorgesehen), was zur Folge, daß diese Feiertage in den Staaten wieder reichsgesetzlich anerkannt sind, wo sie mittlerweile von den republikanischen Regierungen abgeschafft oder staatlich nicht mehr anerkannt wurden.

Nachtfrost. In der Nacht zum Freitag ist der Wärmemesser durchschnittlich auf 3 Grad Celsius in höheren Lagen bis auf 0 gekunten. Meldungen über Frostschäden liegen bis jetzt nicht vor.

Dreifache Postgebühren. Das Reichspostministerium hat sich, entsprechend den Beschlüssen des Reichsverkehrsbeirats vorläufig mit einer Erhöhung der Postgebühren um das Dreifache und der Fernspreckgebühren um das Siebenfache ab 1. Juli begnügt, zugleich aber erklärt, daß dieser Tarif nicht von langer Dauer sein könne.

Millionenmarktschein. Die Reichsbank beabsichtigt, gleich nach der Ausgabe des 500 000 Marktscheins einen Millionenmarktschein herzustellen.

Naturalbezahlung. Die Organisten in Nassch bei Karlsruhe werden in Zukunft ihre Honorare in Naturalien beziehen. Sie verlangen für ein Amt mit Organist und Sängerrinnen ein Pfund Butter oder 12 Eier, oder 7 Liter Milch, oder 9 Pfund Weizen, oder 9 Pakete Streichhölzer, oder 1 Pfund Fleisch, oder falls mit Papiergeld bezahlt werden sollte, den jeweiligen Preis eines dieser Erzeugnisse. Eine Schülerfingerringe kostet die Hälfte. Ein Hochzeitsamt kostet die volle Friedensgebühr oder den Papiergeldwert von zwei Pfund Fleisch. Ein Amt aus Amerika kostet einen halben Dollar, aus der Schweiz zwei Franken.

... durchführt wird, die den gesamten Besitz nach dem heutigen Stand der Papiermarkt steuerlich erfassen. — Der Steuerausfluß des Reichstags beschloß die Milderung des bisherigen Weinsteuergesetzes mit Rückwirkung auf die befestigten Gebiete bis 1. April 1924 zu veranlassen.

Die Haltung der Reichstagsparteien.

Berlin, 8. Juni. Wie die „B.Z.“ auf Grund einer Kundfrage bei den Führern der Reichstagsparteien feststellen konnte, betrachten die Deutschen nationalen das Angebot der deutschen Garantien als sehr bedauerlich. Es werde die deutsche Wirtschaft allzuweit beschränkt. Bei den Parteien der Arbeitsgemeinschaft betrachtet man das Garantieangebot als unbedeutend weitgehend, glaubt aber, den Schwerpunkt in dem 4. Abschnitt suchen zu dürfen. In Deutschland müßten Verhandlungen vorgeschlagen werden. Von einem Führer der Sozialdemokratie wurde betont, daß die Verantwortung für die Note ganz allein dem Kabinett Cuno überlassen bleibe, da bei ihrer Vorbereitung Berater zugezogen wurden, die von sozialdemokratischer Seite nicht als kompetent bezeichnet werden können.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 8. Juni 78 796.50 (79 609).
1 Pfd. Sterl. 361 843, 100 holl. Gulden 3 074 750, 100 Schw. Fr. 1 416 450, 100 franz. Fr. 506 200, 100 belg. Fr. 435 900, 100 ital. Lire 366 050, 100 österr. Kr. 109.82, 100 tschech. Kronen 234 400, 100 poln. Mark 122.

Wichtige Wirtschaftszahlen. Großhandelsindex (25 Mai) 9034. Goldmark (6.—12. Juni) 1 189 000 Prozent, Goldmarkkaufpreis für 20 Mark 260 000, Reichsbankdiskont 18 Proz., Papiergeldumlauf 8576.3 Milliarden, Weizen mark. Berlin 130 000 d. Ztr., Getreide 221 200 d. Tonne, Braunkohle 128 200, Rohöl (Diel.) 1 000 000 d. T., Kupfer 24 880, Baumwolle 49 263 d. Kilo.

Vom Berliner Geldmarkt. Geld gegen Schatzscheine 14—16 Proz., andere Wertpapiere 24—26 Proz.

Das Goldzollgeld wurde vom 13. bis 19. Juni von 1 189 000 auf 1 431 000 Prozent hinaufgesetzt.

Der Goldbestand der Reichsbank hat sich nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai wieder um 75 Millionen Goldmark vermindert, und zwar mußten zum Zweck der Einlösung des letzten belgischen Schatzwechsels aus dem Kassenbestand in Berlin 53 Millionen nach Amerika verschifft werden (amerikanische Banken hatten die am 15. Mai fälligen Schatzwechsel im Betrag von 50 Millionen Mark diskontiert, der Bankgewinn betrug somit 3 Millionen Goldmark), außerdem wurde die freie Goldhinterlage der Reichsbank im Ausland um 22 Millionen vermindert. Der gesamte Goldbestand beträgt hiernach noch 757,9 Millionen Goldmark.

Weitere Preiserhöhung für Handarbeitsgarne. Die Vereinigung Deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strich- und Handarbeitsgarne (Stribago) hat, wie die Zeitschrift „Die Textil-Woche“ erfährt, den Preiszuschlag auf die Liste vom 4. 12. 22 mit Wirkung vom 5. Juni ab für Strich-, Stoff- und Häkelgarne auf 1000 v. H., für Strich- und Handarbeitsgarne auf 900 v. H. erhöht.

Liverpool, 7. Juni. Ägyptische Baumwolle: Juli 15.80 (15.73); Alexandria-Baumwolle: Juli 31.00 (31.15).

Der Roggenpreis. Das Roggenfondskat hat den am 6. Juni von 6000 auf 5400 Prozent herabgesetzten Zuschlag am 7. Juni wieder auf 5700 Prozent erhöht.

Weizenmehlpreis der Südd. Mähtenvereingung am 8. Juni 675 000 (460 000) Mark für 100 Kilo.

Stuttgarter Börse, 8. Juni. Die Gesamthaltung der Börse war heute wieder recht fest. Die Abblendung der deutschen Note blieb ohne wesentlichen Eindruck. Es waren wieder zahlreiche Kaufaufträge vorhanden bei geringem Verkaufsangebot. Die Kurse waren teils behauptet, teils höher als vorerster und das Geschäft sehr umfangreich. Auch der Markt der Festverzinslichen lag fest. — Bankaktien: Hypothekbank 3700, Vereinsbank 16 000 (15 000) rot, Brauereiwerte: Wulle 30 000 (25 000), 16 000 (15 000) rot, Reitenmeyer 60 000, Eßlinger 19 000 (17 000), Kobenzollern und Reitenmeyer je 60 000, Metallaktien: Ravensburg 16 000, Metallaktien: Feinmechanik 130 000 (115 000), Sobner 120 000 (110 000), Jungbans 39 000, Metallwaren 130 000 (115 000), Maschinenwerte: Daimler 36 000 (33 000), Lambelmer 105 000 (95 000), Magirus 29 000, Eßlinger 44 000, Hefler 35 000 (29 000), Weingarten 61 000 (56 000), Redarhulmer 46 000 (40 000) rot, Spinnereaktien: Erlangen 69 000, Unterhosen 88 000 (80 000), Metallaktien 220 000 (190 000), Kolb-Schule 60 500, Ruchen 84 000, Filz 115 000, Kattun 190 000, Leinenindustrie 180 000, Sonstige Werte: Anilin 82 900 (73 000), Seidelberger Zement 55 000 (52 000), Kaiser Otto 28 000 (24 000), Knorr 65 000 (50 000), Krumm 16 500, Salzwerk Hellbrunn 410 000 (350 000), Wachenheim 49 000 (45 000), Stuttgarter Zucker 44 500 (42 000), Köln-Rottweil 38 000, Junge Wollen der Union Durlach Verlagsgef. 57 000 (45 000), Mannheimer Öl 85 000 (70 000), Ziegelwerke 46 000 (40 000). Weist. Vereinsbank.

Mannheimer Produktionsbörse vom 7. Juni. Bei festiger Haltung wurden heute für die 100 Kilo babstrel Mannheim verlangt (in tausend): Weizen 275—300, Roggen 240—250, Gerste 198—215, Inland, Hafer 170—200, Rohmehl 92—94, Vortreiber mit Sach 100—120, Weizenkleie 110—115 K.

Möbner Butter- und Käsebörse. Kompen, 7. Juni. Butter niedrigster Preis 9400, häufigster —, höchster 9500 K; Weichkäse —; ansäuerter Rundkäse, häufigster 7900, konsumreifer Weichkäse 4900, höchster 5000 K. — Lebhaft Nachfrage nach Butter, Weichkäse und Rundkäse.

Märkte

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 7. Juni. Zum heutigen Kleinviehmarkt waren zugeführt 34 Kälber, 200 Schweine und 548 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurde für das Pfund Lebendgewicht: Kälber 5000—5500 K, Schweine 6000—6500 K, Ferkel und Läufer für das Stück 170—200 000 K. Haltung: in Kälbern ruhig, langsam geräumt, Schweinen ruhig, Leberstund, Ferkel und Läufer ruhig.

Wellerbader, 7. Juni. Auf dem Schweinemarkt kosteten 250 Kilo Schweine 1. Sorte 350 000—355 000 K, 2. Sorte 325 000 bis 350 000 K, je das Stück. Trotz der hohen Preisforderungen war in kurzer Zeit der ganze Markt geräumt.

Evang. Gottesdienst. Sonntag 10. Juni, 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 1 Uhr Christenlehre (Söhne): Stadtpfarrer Reidel. 8 Uhr abends Bibelstunde: Derselbe. Donnerstag 14. Juni, 4 Uhr nachmittags im Katharinenstift Hochgottesdienst: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Kath. Gottesdienst. Sonntag 10. Juni, 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, vor ausgesetztem Allerheiligsten. 1 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: Täglich 7 Uhr hl. Messe. Beichte: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag und Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag 6 1/2 Uhr bei der Frühmesse und um 8 Uhr. Werktags 6 1/2 Uhr und bei der hl. Messe.

Dollarkurs am 9. Juni vormittags 11 Uhr: 81 000.

... die den gesamten Besitz nach dem heutigen Stand der Papiermarkt steuerlich erfassen. — Der Steuerausfluß des Reichstags beschloß die Milderung des bisherigen Weinsteuergesetzes mit Rückwirkung auf die befestigten Gebiete bis 1. April 1924 zu veranlassen.

Letzte Nachrichten.

Besuch des Reichskanzlers in Karlsruhe.

Karlsruhe, 8. Juni. Der Kanzler wird sich im Anschluß an seine geplante Reise nach Münster auch nach Karlsruhe begeben. Dort soll er, wie jetzt verlautet, bei seinem offiziellen Besuch bei der badischen Regierung auch die Frage der badischen Einbußgebiete erörtern.

Vor neuen Steuererhöhungen.

Berlin, 8. Juni. Nach Erfindung des „Walanzeigers“ wird außer der technisch leicht durchführbaren Vervielfachung der Zwangsanleihe zunächst eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchssteuern durchgeführt werden. Hier ist bereits ein Entwurf ausgearbeitet worden, der dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung geben soll, von sich aus sämtliche Verbrauchssteuern entsprechend der Geldentwertung von Zeit zu Zeit neu festzusetzen. Es ist also hier ein System gleitender Steuerhöhe beabsichtigt, das selbstverständlich auch die Warenpreise ganz erheblich beeinflussen muß. Ueber die entsprechende neue Besteuerung des Vermögens liegt zurzeit noch kein Plan vor, doch wird die Entwicklung dazu führen, daß man eine neue Wertsteu-

Weißmehl-Abgabe.

Aus einem Restbestand werden noch je 1 Pfund Weißmehl pro Kopf zum Preise von 1500 M. abgegeben und zwar am

Montag, den 11. Juni, vormittags von Nr. 1—300, nachmittags von Nr. 301—600, am Mittwoch, den 13. Juni, von Nr. 601 bis Schluß. Der Verkauf findet in dem alten Volksschulgebäude statt. Stadtschultheißenamt.

Bestellungen auf Eiergemüse-Studeln

wollen bei den Anwälten in Sprollenhaus und Konnenmiff binnen 4 Tagen gemacht werden.

Preis per Pfund 1800 Mark. An eine Familie werden bis zu 10 Pfund abgegeben. Wildbad, den 8. Juni 1923.

Stadtpflege.

Spenden für die Ruhrländer (Deutsches Volksoffer)

sind weiter eingegangen:

Wildbader Tagblatt: Ungenannt 1000, von der Primaner-Verbindung „Memanita“ der Höheren Reform-Lehranstalt weitere Rate M. 20000, Sammlung beim Doppelkonzert der Kirtapelle und Liederfranz Wildbad 1 288 000 M.

Stadt-Apothek: H. Meyer 5000, Robert Krauß, Mauremsstr. 3000, Stadtpfarrer Fischer (4. Gabe) 5000, Frau Schäußelen 5000, N. N. 80 000, Stammtisch Dachsen 15 000, N. N. 5000, W. Maier 2000, Reallehrer Schweizer 2. Gabe 2000, N. N. 50, Angestellten Hotel Post 10 000.

Stadt-Apothek 926 920 M.
Wildbader Tagblatt 1 861 503 „
2 788 423 M.

GESCHWISTER FLUM

Buchhandlung, Papier- u. Schreibwaren neben Gasth. z. Sonne empfehlen: neben Gasth. z. Sonne

Reiselektüre, Geschenkliteratur Schwarzwaldführer und -Karten Leihbibliothek — Zeitungen und Zeitschriften Feine Schreibwaren - Mal- und Zeichenartikel Reiseandenken - Papierservietten, Packpapier

Bin unter

Nr. 143

an das Telephonnetz angeschlossen.

Ludwig Müller,
Pfeiffer's Palmengarten.

Statt Karten!

Ihre VERMÄHLUNG beehren sich anzuzeigen

Eugen Esterriedt
Gretel Esterriedt

geb. Freundlich

Wildbad

Berlin

Juni 1923

Konsum u. Sparverein e. G. m. b. H. Wildbad u. Umg.

Infolge Uebernahme anderweitigen Postens unseres seitherigen Geschäftsführers, suchen wir zum möglichst baldigen Eintritt einen tüchtigen, in der Genossenschaftsbewegung erfahrenen, bilanzsicheren

Geschäftsführer.

Gehalt nach Tarif. Respektanten wollen ihre Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf, Referenzen und Zeugnisabschriften spätestens bis 15. Juni 1923 an den Unterzeichneten einsenden.

Georg Drechsler, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Wildbad, Wilhelmstr. 149.

Kinderfräulein,

für 6-jährigen Knaben während dem Kuraufenthalt gesucht. Hotel Klumpp Neubau, Zimmer 128.

Einige Meter Holz

hat sofort gegen bar abzugeben. Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Landes-Kurtheater Wildbad

Sonntag, den 10. Juni

Die Fledermaus

Operette in 3 Aufzügen.

Montag, den 11. Juni

Der kühne Schwimmer

Schwank in 3 Akten.

Neu!

Neu!

Fahrradhandlung mit Emailier- u. Vernicklungsanstalt.

Unterzeichneter empfiehlt sich einem verehrten Publikum aus Wildbad und Umgebung, sämtliche Reparaturen von Fahrrädern

bei billigster Berechnung auszuführen. Ferner bin ich in der Lage, durch meine neu eingerichtete Schweiß- und Hartlötlung, nebst Emailier- und galvanischen Anlagen sämtliche in dieses Fach einschlagenden Artikel neu aufzurichten bzw. zu emailieren und zu vernickeln. Fahrradhändler erhalten durch Anfragen Preislisten.

Wilhelm Mettler, Höfen a. Enz
Hauptstr. 37.

Foto-Apparat,

10x15, erstkl. Optik, Anostigmat, mit Ledertasche und Zubehör zu verkaufen.

Digastraße 6 a.

Dr. Apfelsaft

wieder im Ausschank.
W. Wurz j. Eintracht.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten

Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empf. in reichster Auswahl

Musikhaus Curtz

Großhandel und Einzelverkauf Forzheim, Leopoldstr. 17 Arkaden Riedisch — Roßbrücke Ankauf alter Geigen u. Cello



HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billets Ostasien über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende St. Klaus mit Super- und Panacheal Erstklassige Schiffsverpflegung

Elva wöchentlich. Abfahrten von

HAMBURG nach NEWYORK

Auskünfte u. Drucksaachen durch

HAMBURG-AMERIKA

LINIE HAMBURG

und deren Vertreter in

Wildbad:

Chr. Schmid & Sohn

Kg.-Karlst. 68 Fernruf 85

Glg.-Groß- u. Kleinw. - Exp.

Reisegepäckvers. d. Europ.

Reisegepäck-Versicherung A.-G.

